## SATZUNG DER GEMEINDE BLANKENHAGEN

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 "GEMEINDEZENTRUM BLANKENHAGEN"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBI. I S. 2414), das durch Artikel 6 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBI. I S. 1722) geändert worden ist, wird nach Beschlussfassung durch . folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3, "Gemeindezentrum Blankenhagen", östlich des Schulweges, nördlich der Dorfkirche und südlich der ehemaligen Windmühle, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B),





#### VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom Der Aufstellungsbeschluss ist vom ...... bis zum . Aushang an den Bekanntmachungstafeln sowie am ..... Rostocker Heide unter www. amt-rostocker-heide.de ortsüblich bekanntgemacht worden.
- 2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPIG beteiligt worden.
- 3. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist in der Zeit vom ... durchgeführt worden.
- Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB ist mit Schreiben vom ..
- 5. Die Gemeindevertretung hat am ...... .. den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.
- 6. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen in der Zeit vom ..... ... bis zum ... und Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können, in der Zeit vom ... durch Aushang sowie am ..

Homepage des Amtes Rostocker Heide unter www.amt-rostocker-heide.de ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist darauf hingewiesen worden, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

- 7. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ......zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert
- 8. Die Gemeindevertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am ...
- 9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am . von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom ....

Blankenhagen

Bürgermeister

10. Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des Bebauungsplans am . als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte (ALK) im Maßstab 

Hansch Rostock,

11. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Bescheid des Landkreises Rostock vom ... .. mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.

12. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluss der Gemeindevertretung .. erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Bescheid des Landkreises

13. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Kröger Blankenhagen, Bürgermeister

14. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu .. bis zum ... erhalten ist, sind in der Zeit vom .. . auf der Homepage des Amtes Rostocker Heide unter www.amt-rostocker-heide.de ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 BauGB, § 5 Abs. 5 KV M-V) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des in Kraft getreten.

Kröger Blankenhagen, Bürgermeister

#### Satzung der Gemeinde Blankenhagen

Landkreis Rostock über den Bebauungsplan Nr. 3 "Gemeindezentrum Blankenhagen"

östlich des Schulweges, nördlich der Dorfkirche und südlich der ehemaligen Windmühle

# **ENTWURF** Bearbeitungsstand: Februar 2016 Übersichtsplan M 1: 10 000 Blankenhagen

Blankenhagen

Dipl.- Ing. Reinhard Böhm Architekt für Stadtplanung, AKMV 2014-95-1-d Dipl.-Ing. Reinhard Böhm bsd • Warnowufer 59 • 18057 Rostock • Tel. (0381) 377 06 41 • Fax (0381) 377 06 59 Dipi.-Ing. Wilfried Millahn

### PLANZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S. 132), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung -PlanzV-) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBI. I S. 1509) geändert worden ist.

Planzeichen

Erläuterung

I. FESTSETZUNGEN ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Rechtsgrundlage

EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN ZUR VERSORGUNG MIT GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN BEREICHS, FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF, FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)



Flächen für den Gemeinbedarf

Einrichtungen und Anlagen:

kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG

sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Oberkante baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) VERKEHRSFLÄCHEN



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung



private Verkehrsflächen

Grundflächenzahl



Zweckbestimmung:

GRÜNFLÄCHEN

Wirtschaftsweg

Straßenbegrenzungslinie



Grünflächen



öffentliche Grünflächen



Zweckbestimmung:

TEIL B: TEXT

• • • • •

SONSTIGE PLANZEICHEN

belastende Flächen

vorhandene Höhe über NHN

Flurstücksbezeichnung

vorhandene Flurstücksgrenze vermarkt

vorhandene Flurstücksgrenze unvermarkt

vorhandene hochbauliche Anlage

II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

1. Maß der baulichen Nutzung: (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Bezugspunkt für die festgesetzte Oberkante baulicher Anlagen ist die Höhenlage des zur Gebäudemitte nächstgelegenen Punktes auf Fahrbahnachse der Schulstraße. (§ 18 Abs. 1 BauNVO)

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASZNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASZNAHMEN

Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung

von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Mit Fahrrechten zugunsten des angrenzenden Grundstückseigentümers zu

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

(§ 9 Abs. 7 BauGB)

2. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25 BauGB)

2.1 Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind auf 20 % der Gesamtfläche Gruppen mit heimischen, standortgerechten Sträuchern anzupflanzen. Je 2 m² ist ein Gehölz mit einer Mindestqualität H 60-100 cm zu pflanzen. Zusätzlich sind 10 heimische, standortgerechte Laubbäume anzupflanzen. Die Pflanzungen sind gegen Wildverbiss zu schützen. Die verbleibenden Flächen sind mit kräuterreichen Landschaftsrasen anzusäen und mindestens alle zwei Jahre zu mähen. Maximal zulässig sind zwei Mähgänge pro Jahr. Für die Maßnahmefläche wird eine Entwicklungspflege von 3 Jahren festgesetzt.